



Textheft für Schüler*innen

Basismodul

Inhalt

Arbeitsblatt 6: Texte verstehen in fünf Schritten 3

Haupt- und Realschule ohne Zukunft? 3

Arbeitsblatt 7: Vor – während – nach 6

Ohne Umdrehungen? Aber gern. 6

Arbeitsblatt 8: Texte verstehen im Team 9

„Wir verdreschen unsere Pferde nicht“ 9

Arbeitsblatt 9: Meine Gedanken 14

Mit Wissen gegen Hass 14

Arbeitsblatt 12: Kein Grund zur Sorge? 15

Kritik und Selbstkritik 15

Arbeitsblatt 6: Texte verstehen in fünf Schritten

Haupt- und Realschule ohne Zukunft?

Grüne im Stadtrat plädieren stattdessen für ein Zwei-Säulen-Modell mit Gesamtschulen und Gymnasien.

Von Margot Gasper

07.08.2021

Aachen Für die wenigen Hauptschulen und Realschulen, die Aachen noch hat, sehen die Grünen auf Dauer keine Überlebenschance. Die größte Fraktion im Stadtrat plädiert deshalb dafür, diese beiden Schulformen gänzlich aufzugeben und die Schulen in Gesamtschulen zu überführen. Zukunftsweisend ist aus Sicht der Grünen ein Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasien und Gesamtschulen. Diskutiert werden soll das mit den übrigen Fraktionen in der Zukunftswerkstatt zur Schulentwicklung, die im September einen ersten Aufschlag macht.

Kurz vor Ende der Sommerferien erläuterten Pola Heider, schulpolitische Sprecherin der Grünen, und Ulla Griepentrog, Vorsitzendes des städtischen Schulausschusses, am Donnerstag in einem Presseggespräch, warum sie keine Zukunft sehen für die Haupt- und Realschulen, deren Zahl sich über die Jahre kontinuierlich verringert hat. Da die Alkuin-Realschule auslaufend geschlossen wird, bleiben im Realschulbereich aktuell nur noch die Luise-Hensel-Realschule und die Hugo-Junkers-Realschule.

Auch das Ende der Hauptschule Burtscheid ist längst eingeleitet. In dem Segment überleben bisher noch die Hauptschule Drimborn und die Hauptschule Aretzstraße. „Beide Hauptschulen bleiben bei den Anmeldungen aber weit unter der geforderten Zweizügigkeit“, ruft Griepentrog in Erinnerung. Aus Sicht der Grünen sollten die bisher noch verbliebenen Haupt- und Realschulen in Ge-



samtschulen aufgehen. Denn gerade die Hauptschulen, auch wenn sie noch so gute Arbeit leisteten, seien längst nur noch Auffangbecken für jene Schüler, die anderswo nicht unterkommen.

„In der Schulentwicklung brauchen wir ein klares Ziel, wo wir hinwollen“, ist Pola Heider überzeugt. Die Schulpolitik müsse einen Plan haben, statt immer nur zu reagieren, wenn wieder eine Schule unter Druck gerate, weil die Schüler wegbleiben. „Wir verfolgen deshalb die Perspektive einer Zweigliedrigkeit aus Gesamtschulen und Gymnasien.“ Erste Weichen für den Ausbau der Gesamtschulen sind in Aachen auch bereits gestellt. Die 4. Aachener Gesamtschule, so der politische Beschluss, soll an zwei Standorten auf insgesamt acht Züge wachsen. Die Zukunft der Heinrich-Heine-Gesamtschule, Aachens ältester Gesamtschule, ist allerdings bei anhaltend niedrigen Anmeldezahlen weiter ungewiss.

Ein politischer Beschluss für ein Zwei-Säulen-Modell würde aus Sicht der Grünen-Vertreterinnen auch Ruhe in die Schullandschaft bringen. „Die Schulen können doch nicht jedes Jahr neu überlegen, ob es sie nächstes Jahr noch gibt“, sagt Ulla Griepentrog. Für sie steht deshalb fest: „Wir müssen das offensiv angehen, statt Schulen langsam sterben zu lassen.“

Inspirierend finden die beiden Schulpolitikerinnen den Blick über die Stadtgrenzen hinaus. In den übrigen Kommunen der Städteregion seien in den vergangenen Jahren viele neue Gesamtschulen entstanden, ein Zwei-Säulen-Modell sei vielerorts bereits verwirklicht.

Info: Mehr Sozialarbeiter für die Schulen

Verbesserungsbedarf sehen die Grünen bei der Digitalausstattung der Schulen. Die Stadt habe sehr gut gearbeitet und etwa Endgeräte für die Lehrkräfte beschafft. Die Fördermittel des Landes, 500 Euro pro Lehrer, reichten aber nicht aus, um die Geräte so auszustatten, dass man vernünftig arbeiten könne, kritisiert Ulla Griepentrog. „Auch die Wartung der Geräte überlässt das Land den Kommunen. Das ist alles nicht zu Ende

gedacht.“ Ein Kompetenzteam unter Leitung von Schuldezernentin Susanne Schwier soll nun alle vernetzen, die mit der Digitalisierung der Schulen befasst sind.

Um soziale Defizite aufzufangen, die während der langen Corona-Monate entstanden sind, fordern die Grünen, die Schulsozialarbeit zu stärken und konzeptionell zu verändern. „Schulsozialarbeit sollte an die städtischen Sozialraumteams angebunden werden und auch außerhalb der Schulen eingesetzt werden“, erläutert Pola Heider. Das Personal müsste dafür aufgestockt werden, nach Vorstellung der Grünen um eine zusätzliche Stelle in jedem Sozialraum.

Arbeitsblatt 7: Vor – während – nach

Ohne Umdrehungen? Aber gern.

Ob Bier, Wein oder Hochprozentiges im Cocktail: Alkoholfreie Alternativen werden immer beliebter – und passen zum veränderten Zeitgeist. Start-ups spielen dabei eine große Rolle.

Von Erich Reimann

07.08.2021

Düsseldorf Trinken, ohne sich zu betrinken: Alkoholfreie Alternativen zu Bier, Wein und Spirituosen sind in Deutschland im Aufwind. Das Feierabendbier, die Weinbegleitung zum Abendessen oder den Cocktail nachts in der Bar – fast alles gibt es inzwischen auch „ohne Umdrehungen“.

„Alkoholfreie Weine und Spirituosen passen einfach gut in unsere Zeit, die viel mehr als früher Wert auf gesundes Leben und Selbstdisziplin legt“, erklärt der Ernährungssoziologe Daniel Kofahl den Trend. Das Gesundheitsbewusstsein sei in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden – und damit bei manchen auch die Angst vor den negativen langfristigen Folgen des Alkoholkonsums. Außerdem lege die Gesellschaft immer mehr Wert auf Selbstkontrolle. „Früher galt es als ganz normal, wenn der Alkohol die Zunge lockerte, und man nahm das nicht übel. Aber heute wird das nicht mehr toleriert und gerade im Berufsleben drohen Sanktionen.“

Vorreiter beim Abschied von den „Umdrehungen“ war das alkoholfreie Bier. Während der Bierkonsum in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich zurückging, hat sich der Gesamtausstoß alkoholfreier Biere nach Angaben des Deutschen Brauer-Bundes seit 2007 fast verdreifacht – auf 670 Millionen Liter. Das entspricht einem Marktanteil von fast sieben Prozent.

Mehr als 700 verschiedene alkoholfreie Biere und

Biermischgetränke zählt der Verband mittlerweile. Wobei alkoholfrei nicht immer ganz wörtlich zu nehmen ist. Nach deutschem Lebensmittelrecht dürfen Getränke als alkoholfrei bezeichnet werden, die maximal 0,5 Prozent Alkohol enthalten.

Auch alkoholfreier Sekt kommt nach Angaben des Deutschen Weininstituts (DWI) inzwischen auf einen Marktanteil von rund fünf Prozent. Alkoholfreie Weine tun sich da noch schwerer. Ihr Marktanteil liege noch unter einem Prozent, schätzte das DWI im vergangenen Jahr.

Geschmacklich weiterentwickelt

Doch wächst auch hier die Nachfrage, wie das Weininstitut beobachtet. „Das Angebot alkoholfreier Weine und Sekte von Weingütern, Winzergenossenschaften und Handelskellereien hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen“, berichteten die Branchenkenner. Lange Zeit wurde der Markt von Spezialisten wie der Kellerei Carl Jung in Rüdesheim dominiert, die jährlich über zehn Millionen Flaschen alkoholfreien Wein produziert und in über 30 Länder exportiert. Doch inzwischen hat sogar das vom Weinführer Gault-Millau zu den besten deutschen Weingütern gerechnete Weingut Leitz alkoholfreie Tropfen im Angebot. Und Start-ups wie Kolonne Null versuchen ebenfalls, sich ein Stück vom Markt zu sichern.

Der Wettbewerb scheint dem Angebot gutzutun. Geschmacklich hätten sich die alkoholfreien Weine dank neuer, aromaschonender Technologien „in den letzten Jahren äußerst positiv weiterentwickelt“, lobte das DWI.

Inzwischen machen alkoholfreie Alternativen sogar hochprozentigen Spirituosen Konkurrenz. Egal ob Wodka, Whisky, Gin oder Rum – vor allem in Cocktails finden sie immer häufiger Verwendung.

Start-ups spielen bei dieser Entwicklung eine große Rolle – etwa der australische Getränkehersteller Lyre's, der sein breites Angebot an alkoholfreien Spirituosen vom Absinth bis zum Wermut inzwi-

schen in über 40 Ländern verkauft. Firmenchef Mark Livings sieht riesige Wachstumschancen auch in Deutschland. In einem Interview mit dem Gastronomie-Magazin „Fizz“ sagte er kürzlich, auch im Spirituosensektor könnten alkoholfreie Varianten im Laufe der Zeit wie beim Bier einen Marktanteil von über sechs Prozent erreichen. Deutsche Hersteller wie Rheinland Distillers, Laori oder Heimat Distiller haben alkoholfreie Gin-Alternativen auf den Markt gebracht.

Selbst der Spirituosenriese Bacardi, zu dessen Angebot nicht nur Rum, sondern auch Marken wie Martini (Wermut) und Bombay Sapphire (Gin) gehören, nimmt den Trend ernst und hat das Angebot der Tochter Martini um zwei alkoholfreie Aperitifs ergänzt. In seinem jüngsten Cocktail Trend-Report 2021 prognostizierte das Unternehmen, dass sich die Umsätze mit alkoholfreien und wenig Alkohol enthaltenden Spirituosen in Westeuropa bis zum Jahr 2024 verfünffachen werden. Denn der Trend spreche nicht nur Nicht-Trinker an, sondern auch all jene, die einfach eine größere Vielfalt suchten und achtsamer trinken wollten.

Arbeitsblatt 8: Texte verstehen im Team

„Wir verdreschen unsere Pferde nicht“

Nach Annika Schleus Nicht-Ritt beim Modernen Fünfkampf streiten Verbände und Sportler untereinander.

Von Maximilian Haupt, Miriam Schmidt und Jordan Raza

09.08.2021

Tokio Annika Schleu tauchte noch einmal auf am Ort ihres großen Olympia-Dramas. Am Samstag besuchte sie den Männer-Wettkampf im Modernen Fünfkampf, aber nichts war normal für die Berlinerin am Tag nach der größten Enttäuschung ihrer sportlichen Laufbahn und den Beschimpfungen, die folgten. Womöglich war es auch bereits ein Abschiednehmen von ihrem Traum. Es ist fraglich, ob die 31-Jährige, die eine Mehrheit in Deutschland nun als heulende Sportlerin auf einem Pferd statt als Olympiasiegerin kennenlernte, in drei Jahren in Paris wieder antritt.

„Nach bestem Gewissen“

„Dass diese Entscheidung noch offen ist, war aber bereits vor den Geschehnissen klar“, sagte die dreimalige Olympia-Teilnehmerin. Die „Geschehnisse“ waren die Minuten am Freitag, als Schleus zielstrebige Reise zur Goldmedaille jäh endete.

Das Leih-Pferd, das die Sportlerinnen gemäß Reglement nur 20 Minuten lang kennenlernen können, wollte den Parcours erst nicht betreten und verweigerte beim Springreiten vor Hindernissen. Als die Probleme offensichtlich wurden, brach Schleu in Tränen aus und setzte verzweifelt die Gerte ein. Mit den Worten „Hau mal richtig drauf! Hau drauf!“ war sie dazu – gut hörbar im Fernsehen – von ihrer Trainerin Kim Raisner aufgefordert worden. Raisner gab dem Pferd zudem einen Klaps mit der Faust. „Ich fühle mich natürlich schon an-



gegriffen, wenn gesagt wird, dass ich unmenschlich bin, wenn Vorwürfe der Tierquälerei geäußert werden. Ich bin nach bestem Gewissen mit dem Pferd umgegangen“, sagte Schleu. „Es war schon klar, dass man etwas konsequenter werden muss, aber ich war zu keiner Zeit grob.“

Auch Raisner wies die Beleidigungen und Anschuldigungen zurück. „Im Nachhinein kann man vielleicht sagen, das war zu harsch. Ich weiß, auch dieser Klaps auf den Hintern, der hätte nicht sein müssen, aber der war nicht doll“, sagte sie. „Ich bin weit davon entfernt, Tiere zu quälen. Ich liebe Tiere, ich liebe Pferde, genauso wie Annika. Wir verdreschen unsere Pferde nicht.“ Sie war danach vom Weltverband UIPM von Olympia ausgeschlossen und zuvor bereits vom Deutschen Olympischen Sportbund von ihren Aufgaben in Tokio entbunden worden.

Wie ist das zu verhindern?

Sicher ist jedenfalls, dass sich Szenen wie in Japan in Paris 2024 nicht wiederholen sollen. Darin sind sich alle einig: der UIPM, der DOSB, die sportliche Leitung des Deutschen Verbands für Modernen Fünfkampf (DVMF) und die Athletinnen und Athleten sowie alle Kritiker – darunter auch prominente Sportlerinnen wie Dressurreiterin Isabell Werth oder die Peking-Olympiasiegerin im Modernen Fünfkampf, Lena Schöneborn.

Warum es zu den für viele verstörenden und empörenden Szenen mit der weinenden Schleu auf dem offensichtlich verängstigten Saint Boy kam und wie das zukünftig zu verhindern ist, da gingen die Meinungen aber auch mit etwas Abstand auseinander. Selbst der deutsche Weltverbands-Präsident Klaus Schormann änderte seine Sicht. In einer ersten Mitteilung des UIPM lobte er die Exzellenz der eingesetzten Pferde. „Es gibt keine Grundlage für die Sportler, sich zu beschweren“, hieß es.

Nach dem Männer-Wettkampf sah der 75-Jährige die Schuld dann aber beim Tierarzt. „Dieser Veterinär hat absolut versagt“, urteilte er. Schließlich

habe Saint Boy bereits bei der Russin Gulnas Gubaidullina drei Mal verweigert. „Wenn ich so etwas sehe, dann darf ich so ein Pferd nicht mehr loslassen“, sagte Schormann. Laut Regelwerk ist erst bei vier Verweigerungen ein Wechsel für nachfolgende Reiterinnen oder Reiter vorgesehen, der Antrag von Raisner auf ein anderes Pferd wurde abgelehnt. „Man darf nicht nur die Regeln sehen. Man muss auch sehen, was zu tun ist. Man muss die Gesundheit des Pferdes schützen und die Athleten. Fairness muss die Nummer eins sein bei allem“, sagte er.

Kritik an Werth nach Werths Kritik

Die kurze Zeit für das Aneinandergewöhnen von Mensch und Tier ist einer der zentralen Punkte der Kritiker. DOSB-Präsident Alfons Hörmann etwa möchte eine „grundsätzliche Überarbeitung der Frage: Ist ein kurzfristiges Zulassen eines Lebewesens überhaupt verantwortbar, wir reden nicht über ein Sportgerät. Es handelt sich um ein Tier aus Fleisch und Blut. 20 Minuten, um dann in den weltwichtigsten Wettbewerb zu gehen, sind im Grunde eine viel zu kurze Zeit.“

Auch die siebenmalige Olympiasiegerin Werth argumentierte in diese Richtung. „Das ganze System muss geändert werden.“ Das Pferd tue ihr leid, betonte die 52 Jahre alte erfolgreichste Reiterin der Welt. Die Tiere seien im Fünfkampf „nur ein Transportmittel“.

Von einem Abschied der Reiterei im Modernen Fünfkampf, den Pierre de Coubertin sich als Neubegründer der Olympischen Spiele ausdachte als Wettstreit in den forderntesten Einzelsportarten, wollen die Leute aus der Branche aber nichts wissen. „Was wir da gestern erlebt haben, das kennen wir eigentlich gar nicht. Wenn dann die Frau Werth und andere sagen, geht doch auf den Roller, das ist alles ein absoluter Unsinn“, echauffierte sich Schormann. Am Sonntag teilte die UIPM dann mit, am Reiten grundsätzlich festhalten zu wollen, aber das Geschehen „einer vollständigen Überprüfung“ zu unterziehen und dabei „auch die Bedeutung des



Wohlergehens der Pferde und der Sicherheit der Athleten in der gesamten globalen Wettkampfstruktur“ zu berücksichtigen.

Änderungen werden kommen

Der deutsche Starter Patrick Dogue reagierte ebenfalls gereizt auf Werths Kritik: „Das Pferd wiegt 600 Kilo, Annika wiegt 50. Dass das Tierquälerei ist, da muss schon mehr passieren. Und im normalen Reitsport passiert auch mehr.“

Änderungen kommen trotzdem, das Format in Paris ist fernsehtauglich komprimiert auf 90 Minuten und der ganze Stolz des Dachverbands. „Man muss uns nicht auffordern, über das Regelwerk nachzudenken. Das tun wir permanent“, sagte Schormann. „Wir haben das Regelwerk überarbeitet schon die letzten drei Jahre und haben all das, was jetzt kritisiert wird, schon längst zu Papier gebracht.“ Was genau auf dem Kongress im November beschlossen werden soll, um das Zusammenspiel zwischen Mensch und Tier zu verbessern, blieb unklar.

Ingrid Klimke: „Ich möchte nicht mit den Reitern tauschen“

Das Regelwerk muss nach Meinung von Vielseitigkeits-Europameisterin Ingrid Klimke „dringend überdacht“ werden. „Für mich gehören Vertrauen und Harmonie grundsätzlich zu jeder Art von Umgang mit dem Pferd“, schrieb die 53-Jährige aus Münster auf Facebook. Die Regularien des Modernen Fünfkampfs würden von Pferd und Reiter erwarten, sich in 20 Minuten so gut kennenzulernen, dass man gemeinsam einen Springparcours absolvieren kann. „Das ist in meinen Augen nicht möglich, zumindest nicht in einer Wettkampfsituation wie bei Olympischen Spielen“, schrieb Klimke. „Ich möchte nicht mit den Reitern tauschen!“

Annika Schleu: Instagram-Account ist erst einmal deaktiviert



Wegen der zahlreichen Hasskommentare hat Annika Schleu vorerst ihren Instagram-Account deaktiviert. Auch ihr Freund und ihre Mutter hätten ihre Accounts deaktiviert. Es seien „teilweise Worte gewählt worden, wo Leute sich angeblich für das Tierwohl und für Lebewesen einsetzen, aber dann in einer Art und Weise mit mir oder auch meinen Angehörigen sprechen, wo ich sage, das ist nicht ok, das geht viel zu weit“, sagte die Berlinerin. „Ich wusste, dass Bilder um die Welt gehen werden, die nicht schön sein werden, aber ich hatte nicht mit so einer Art von Shitstorm oder mit so viel negativem Hass gerechnet“, sagte Schleu.

Unterstützung: „Der teils offene Hass ist inakzeptabel“

Die Vereinigung „Athleten Deutschland“ hat Annika Schleu Unterstützung zugesichert. „Die Anfeindungen und der teils offene Hass, der ihr seit dem gestrigen Reit-Wettkampf in den Sozialen Netzwerken entgegenschlägt, ist inakzeptabel und aufs Schärfste zu verurteilen“, teilte die Organisation am Samstag mit. Kritik an den Vorkommnissen sei „völlig legitim und sollte Anlass zu einer Debatte um Änderungen des Reitreglements sein“, hieß es weiter. Der Weltverband UIPM müsse „jetzt handeln, um den Schutz der Tiere und angemessene Wettkampfbedingungen“ für die Athletinnen und Athleten in Zukunft zu gewährleisten.

Arbeitsblatt 9: Meine Gedanken

Mit Wissen gegen Hass

Von Holger Möhle

05.08.2021

Ob es hilft? Hoffentlich hilft es! Der Bund pumpt in den nächsten Jahren 35 Millionen Euro in die wissenschaftlichen Denklabore, um die Ursachen von Antisemitismus und Rechtsextremismus besser zu erforschen. Wissen, Aufklärung und Bildung sollen helfen, auch Verschwörungserzählern und Corona-Leugnern mit ihren kruden Ideen und abstrusen Thesen die Unterstützung von Mitläufern zu entziehen. Den Überzeugungstätern wird so nicht beizukommen sein. Aber vielleicht wird der Zulauf für Rechtsextremisten und Antisemiten etwas eingedämmt, wenn mancher zumindest ein wenig aus der völligen Ahnungslosigkeit über jüdisches Leben und jüdische Kultur geholt wird.

Offener Antisemitismus und Judenhass sind eine Schande in diesem Land. Die Aggression gegen Jüdinnen und Juden wie auch antisemitische Straftaten haben im Corona-Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 deutlich zugenommen. Dagegen muss der Rechtsstaat alle Möglichkeiten ausschöpfen. Antisemitische Hassbotschaften sind in den Sozialen Medien schnell und gefahrlos verschickt. Verschwörungsglaube ist verlockend, weil man ja nichts beweisen muss. Wissen hat dagegen schon oft geholfen – gegen blinde Gefolgschaft und Ahnungslosigkeit.

az-politik@medienhausaaachen.de

Arbeitsblatt 12: Kein Grund zur Sorge?

Kritik und Selbstkritik

Von Thomas Thelen

03.05.2021

Heute ist „Tag der Internationalen Pressefreiheit“ und allein die Tatsache, dass man es seit 1994 für notwendig erachtet, an jedem 3. Mai auf die Bedeutung des Themas hinzuweisen, spricht Bände. Man bräuchte es nicht zu tun, wenn man sich um die weltweite Pressefreiheit keine Sorgen machen müsste. Die Sorgen sind berechtigt: Laut der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, die seit 2010 ein jährliches Ranking zur Pressefreiheit veröffentlicht, hat es noch nie so wenige Länder gegeben, in denen die Lage als „gut“ bewertet wird.

Selbst Deutschland, das nach wie vor zu den Aushängeschildern zählt, ist im jüngsten Ranking der 180 Länder um zwei Plätze von Platz elf auf Platz 13 abgerutscht. Natürlich ist das immer noch gut, weshalb es eine Verkennung der Realität wäre, zu sagen, hierzulande sei die Pressefreiheit in Gefahr.

Mehr als ein Warnsignal

Dennoch bereitet eine Entwicklung Sorgen: Bei Demonstrationen, wie wir sie in Zeiten von Corona erleben, werden Journalistinnen und Journalisten immer häufiger Ziel von Angriffen. Hier geht es nicht nur um verbale Übergriffe, sondern um körperliche Attacken. Wenn sich Reporterinnen und Reporter in Ausübung ihrer Tätigkeit nicht mehr sicher fühlen können, ist das mehr als ein ernstzunehmendes Warnsignal. Es markiert das Überschreiten einer roten Linie.

Auch Kolleginnen und Kollegen unserer Redaktion berichten inzwischen von einem Gefühl der Angst, wenn sie Demonstrationen journalistisch begleiten. Nun könnte man es sich leicht machen und sagen, dass sie es einfach sein lassen sollten. Zumal es genug Stimmen gibt, die sagen, dass eine Be-

richterstattung über „Querdenker“-Proteste den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beziehungsweise deren zweifelhaften Ansichten per se zu viel Aufmerksamkeit verschaffe.

Kein Argument

Letzteres ist aber kein Argument gegen eine Berichterstattung. Es ist die Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten, über das zu berichten, was sich in unserer Gesellschaft zuträgt. Ob ihnen die Meinung von „Querdenkern“ missfällt oder nicht, darf dabei keine Rolle spielen, zumindest so lange, wie sich die Demonstranten mit ihren Ansichten und Handlungen auf der Grundlage des Grundgesetzes bewegen. Auf diesem Grundgesetz fußt unsere freiheitliche Demokratie. Und damit auch das Recht auf freie Meinungsäußerung. „Querdenker“ sind davon nicht ausgenommen.

Journalistinnen und Journalisten dabei zu schützen, gegebenenfalls kritisch zu berichten, ist die Aufgabe des Staates. Bei Demonstrationen muss deshalb genügend Sicherheitspersonal im Einsatz sein, das den Schutz der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) garantiert. Hier greift Artikel 5 des Grundgesetzes, in dem die Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit festgelegt ist: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.“

Ebenfalls in Artikel 5 ist festgeschrieben, dass es keine Zensur geben darf. Was dieses Thema betrifft, so gibt es in den Redaktionen hierzulande keinen nennenswerten Grund zur Klage. Wir leben zum Glück in Deutschland und nicht in China oder Nordkorea. Das ist Privileg und Verpflichtung zugleich.

Die Redaktionen selbst dürfen sich beim Thema Pressefreiheit nicht aus der Verantwortung nehmen. Es ist an ihnen, die Chancen und Möglichkei-

ten, die eine freie Presse bietet, vollumfänglich zu nutzen. Anspruch muss immer ein verantwortungsbewusster Journalismus auf der Grundlage einer faktenbasierten Recherche sein.

Distanz und Nähe

Hier spielt das Thema Unabhängigkeit eine wesentliche Rolle – gerade für ein regionales Medium. Die Nähe zu Akteuren in der Politik oder Menschen, die auf anderen Feldern in Verantwortung stehen, entbindet nicht davon, sich mit diesen im Zweifel sehr kritisch auseinanderzusetzen und Hinweisen auf ein mögliches Fehlverhalten nachzugehen. Die Corona-Politik von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) oder die Schulpolitik von NRW-Ministern Yvonne Gebauer (FDP) in einem Kommentar kritisch zu würdigen, ist vergleichsweise einfach – Berlin und selbst Düsseldorf sind weit weg.

Die Politik eines hiesigen Bürgermeisters kritisch zu begleiten, dem man als Journalist bei jeder Gelegenheit begegnet, ist etwas Anderes. Und doch sind Journalistinnen und Journalisten dazu verpflichtet. Wenn sie sich dieser Verpflichtung entziehen, konterkarieren sie die großartige Idee von freier Presse. Insofern sind sie gut beraten, sich selbst immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Nicht nur einmal im Jahr am 3. Mai.

thomas.thelen@medienhaussaachen.de



Impressum

Inhaltliche Konzeption und pädagogische Ausarbeitung

PROMEDIA MAASSEN

Werner-Heisenberg-Straße 5
52477 Alsdorf

Tel.: 02404 9407-0

Fax: 02404 9407-20

info@promedia-maassen.de

www.promedia-maassen.de

Bildnachweis

Titelseite: Julius Drost/Unsplash

Copyright

Die in diesem Unterrichtsmaterial enthaltenen Inhalte, Vorschläge, Ideen, Darstellungen und Visualisierungen sind geistiges Eigentum der Autor*innen, dürfen aber von Lehrer*innen im Rahmen des Projekts „Medienstunde 2021/2022“ zu unterrichtlichen Zwecken genutzt werden. Eine Weitergabe an Dritte ist grundsätzlich nicht gestattet. Jedwede Weiterverwendung von Dritten (auch nur teil- oder auszugsweise) bedarf zuvor der schriftlichen Genehmigung.

Bei Fragen zum Unterrichtsmaterial wenden Sie sich bitte an info@promedia-maassen.de oder 02404 9407-0.